

Kreismitgliederversammlung DKP Köln

17. Mai 2018

Über die gegenwärtige politische Lage und die der Partei mit Blick auf die Kölner Kreisorganisation

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Kreisvorstand hat die heutige KMV einberufen, um über die Ergebnisse des 22. Parteitags, der vom 2.-4. März dieses Jahres in Frankfurt a.M. stattgefunden hat, zu diskutieren, darüber, welche Konsequenzen sich daraus ziehen lassen und welche politischen Folgen die dort gefällten Beschlüsse haben.

Auch die Situation im Kreis und der Zustand unserer Kreisorganisation machte die Einberufung einer KMV notwendig. Unter anderem ist der Sprecherrat neu zu wählen. Es geht auch darum, zu überlegen, was wir von dem Arbeitsplan, den wir auf der KMV im Juni beschlossen haben, erfüllen können, wo wir Schwerpunkte setzen und worauf wir eventuell verzichten müssen.

Zunächst zur Lage:

Die Kriegsgefahr wächst. Gegenwärtig wird gewaltig aufgerüstet. Die Rüstungsproduktion explodiert, die Rüstungskonzerne streichen satte Profite ein. Nicht zufällig stiegen die Rüstungsaktien sofort nach der Wahl Trumps zum 45. Präsidenten der USA rasant an. Er hatte bereits im Wahlkampf seine Aufrüstungspläne angekündigt. Für den US-Verteidigungshaushalt im aktuellen Haushaltsjahr sind etwa 700 Milliarden Dollar vorgesehen, mehr als die Hälfte der staatlichen Gesamtausgaben. Ungeachtet dessen kann man im Leitantrag des 22. Parteitags trotz Änderungsanträgen immer noch den Satz finden, dass Trump vom militärisch-industriellen Komplex bekämpft wird. Die NATO, die jetzt schon für zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich ist, verpflichtet ihre Mitglieder darauf, diese auf 2% des BIP zu erhöhen. Die deutsche Regierung hat erklärt, dieses Ziel bis 2025 erreichen zu wollen. Verbunden wäre damit die Verdopplung des Rüstungshaushalts von gegenwärtig offiziell 37 Milliarden auf 74 Milliarden.

Was ist der Grund für diesen Irrsinn? Die Herrschenden schauern vor dem Abgrund, der sich angesichts der gewaltigen, nach Verwertung suchenden Kapitalmengen auftut. Die globale Verschuldung beläuft sich inzwischen auf etwa 237 Billionen Dollar und beträgt damit rund 320 Prozent des weltweiten BIP. Der nächste Crash wird schwerlich mittels staatlichen Rettungsprogrammen und der unbegrenzten Bereitstellung von Krediten zum Nulltarif zu überwinden sein. Alle ökonomischen Daten drängen auf Krieg als die kapitalismusverträglichste Form der Kapitalvernichtung.

Auch die politische und ideologische Kriegsvorbereitung läuft derzeit auf Hochtouren. Das Konzept zur zivil-militärischen Verteidigung der Bundesregierung sieht die vollständige Militarisierung der Gesellschaft vor, inklusive des Ausbaus des tiefen, autoritären Staates und der Beseitigung demokratischer Rechte. Wir haben es im Grunde mit Plänen einer faschistischen Formierung zu tun. Die westlichen Aufrüstungsprogramme und Kriegsvorbereitung richten sich in erster Linie gegen Russland und China. Wie bedrohlich die Lage ist, zeigt sich an den fortgesetzten Sanktionen des Westens gegen Rußland und dem US-Handelskrieg gegen China. Jüngst konnte im Syrien-Krieg eine direkte Konfrontation zwischen den USA und Rußland und damit ein Weltkrieg vorläufig und nur durch diplomatisches Geschick abgewendet werden, nachdem die USA militärische Einrichtungen bombardiert hat, auf die bloße Behauptung hin, die syrische Regierung habe Giftgas gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt.

In einer koordinierten Aktion von NATO-Staaten und einer Reihe von Verbündeten werden Ende März 140 russische Diplomaten ausgewiesen. Vorgeblicher Grund ist ein Giftgasanschlag gegen einen ehemaligen russischen Agenten und seine Tochter im britischen Salisbury. Die beiden werden am 4. März aufgefunden. Mittlerweile sind Vater und Tochter wieder wohlauf. Russland bestreitet eine Beteiligung an diesem Anschlag und antwortet mit einer spiegelbildlichen Maßnahme. Das Ganze ist mit einer Welle von antirussischer Hetze verbunden, wie wir sie aus den fünfziger Jahren kennen.

Am 7. April teilen die sogenannten Weißhelme, die aus London über die Achtung der Menschenrechte in Syrien wachende »Beobachtungsstelle« sowie eine »Syrisch-Amerikanische Medizinische Gesellschaft« mit, die syrische Armee habe in der Stadt Duma Chemiewaffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Die Vereinten Nationen sprechen von mutmaßlich 49 Getöteten und Hunderten Verletzten.

UN-Mitarbeiter in Syrien können die Berichte über einen Chemiewaffenangriff aber bis zum 14. April nicht bestätigen, als die USA, Großbritannien und Frankreich schon Ziele in Syrien angreifen. Washington und London sprechen jeweils von Präzisionsschlägen, vermeiden aber genaue Angaben. Die kommen von der russischen Armee: 71 von 103 Raketen seien von den Syrern abgeschossen worden. Von den zwölf Marschflugkörpern, die auf einen Militärflughafen nahe Damaskus gezielt hätten, seien alle abgeschossen worden.

15 Tage später, am 29. April, werden bei Attacken auf syrische Militärziele mindestens 26 Menschen getötet und 60 weitere verletzt. Die New York Times berichtet, bei dem Angriff seien 200 Raketen zerstört worden. Syrische Staatsmedien äußern die Vermutung, Israel stecke hinter den Angriffen und habe iranische Stellungen bombardieren wollen. Am selben Tag kritisiert der neue US-Außenminister Pompeo, vordem CIA-Chef, in Tel Aviv, wohin er drei Tage nach seiner Ernennung geflogen ist, erneut das Atomabkommen mit dem Iran. Schon zuvor in die politischen Vorbereitungen des Vertragsbruchs eingebunden, hatte er verlauten lassen: „Ich freue mich schon, diesen ganzen desaströsen Deal mit dem weltweit größten staatlichen Terrorsponsor wieder rückabzuwickeln.“ Seine Ansicht war, eine bessere Option als Verhandlungen mit dem Iran wäre „mit nicht einmal 2000 Fliegerstarts alle iranischen Nuklearkapazitäten zu zerstören. Eine solche Aufgabe wäre zu schaffen für die Allianz der Streitkräfte.“

Die Umarmung mit Netanjahu ist herzlich.

Israel hatte schon am 10. Februar und am 9. April eine syrische Luftwaffenbasis attackiert, wo sich iranisches Militärpersonal aufgehalten haben soll.

Am Dienstag, 8. Mai, teilt US-Präsident Donald Trump mit: Die USA werden sich an das Wiener Abkommen vom 14. Juli 2015, das sie zusammen mit Russland, China, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und dem Iran unterzeichnet haben, nicht mehr halten. Alle Sanktionen, auf deren Anwendung die Vereinigten Staaten damals vorübergehend verzichtet haben, werden wieder in Kraft treten, einige schon in 90, andere in 180 Tagen.

Am Mittwoch, den 9. Mai, besucht der israelische Stabschef Gadi Eisenkot die besetzten Golanhöhen, um mit den Kommandeuren der Nordfront Kriegsrat zu halten. Bereits in der Nacht zum Dienstag hatte das Militär die dortigen Zivilbehörden angewiesen, die Bunker für die Bevölkerung zu öffnen.

Am Donnerstag (10. Mai) vergangener Woche schließlich erfolgte die »Operation Kartenhaus«. In den frühen Morgenstunden fliegt die israelische Luftwaffe Angriffe gegen 50 »iranische Ziele« in Syrien. Nach Erkenntnissen des russischen Verteidigungsministeriums sind 28 Flugzeuge beteiligt.

60 Raketen werden abgefeuert. Außerdem habe Israel zehn Boden-Boden-Raketen eingesetzt. Die „junge Welt“ mutmaßt, dass die politische und militärische Führung Israels die Provokationen gegen den Iran immer weiter steigern will, bis dieser selbst einen Vorwand für wirkliche Kriegshandlungen – dann vermutlich nicht nur Israels – liefert.

Solche Kriegshandlungen wären kaum noch mit den Instrumenten der Diplomatie einzuhegen. Die Kriegstreiber hätten ihre ehrgeizigen Ziele erreicht. Nicht nur überschüssiges Kapital würde vernichtet. Die Überproduktionskrise könnte endlich in den dritten Weltkrieg münden. Die verzweifelte Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten hätte ein Ende, das mit dem Ende der Zivilisation zusammenfiel. Welche Gespenster wollten nach der Katastrophe noch Rechenschaft fordern?

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Ereignisse sind zwar alle erst nach unserem Parteitag eingetreten, sie kommen aber nicht überraschend.

Heute müssen wir Antworten finden auf folgende Fragen: Welche Aufgaben stellen sich angesichts der Überproduktionskrise und ihren sozialen Folgen? Was ist zu tun gegen die Rechtsentwicklung, den Demokratieabbau und die Kriegsgefahr? Und was davon können wir unter Abwägung unserer Kräfte bewältigen?

Die Friedensfrage ist zentral, aber sie darf nicht isoliert betrachtet werden. Dreh- und Angelpunkt des Kampfes für Frieden, gegen Aufrüstung, zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und gegen die Kriegspläne der Regierung muss die soziale Frage sein. Steigende Rüstungsausgaben bedeuten weitere soziale Einschnitte. Die Verschuldung und Verarmung immer breiterer Bevölkerungsschichten, Perspektivlosigkeit und soziale Ängste sind ebenso wie zunehmende Rechtsentwicklung und Kriegsgefahr Ausdruck der sich zuspitzenden Widersprüche und Krisenhaftigkeit kapitalistischer Verwertung. Diese lässt sich immer weniger über die Unterwerfung und Ausbeutung fremder Arbeit, fremden Eigentums und fremden Kapitals realisieren. Der Versuch, dem Monopolkapital durch die Installierung von Freihandelsabkommen (aktuell TiSA) etwa mittels der Schleifung von Arbeitnehmerrechten, der Beseitigung von Verbraucherschutz und Umweltstandards sowie der Privatisierung von Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge Anlage- und Profitmöglichkeiten zu erschließen, stößt auf vehementen Widerstand breiter Teile der Bevölkerung. Auch gegen die Spekulation mit Immobilien und steigende Mieten gibt es Protest. Die bundesweite Initiative „Recht auf Stadt“ organisiert vor allem Widerstand gegen Zwangsräumungen, die in den Großstädten rapide zugenommen haben.

Die Frage ist: Was befähigt uns, an diesen sozialen Kämpfen mitzuwirken und zu deren Ausweitung und Verbindung beizutragen? Erforderlich ist die Entwicklung von überzeugenden politischen Vorstellungen. Die müssen wir uns allerdings selbst erarbeiten, in Auseinandersetzung mit den lokalen Gegebenheiten. Die einseitige Orientierung auf vom PV vorgegebene Kampagnen ist dazu jedenfalls wenig geeignet. Die Mehrheit des PV meint, durch Kampagnen von oben einheitliches Handeln gewährleisten und dadurch eine größere Wirksamkeit erzielen zu können. Der Erfolg blieb allerdings bislang aus, insbesondere, wenn man sich die Wahlkampagnen samt ihrer kläglichen Ergebnisse vor Augen führt. Im Gegenteil: Auf der Strecke bleiben die innerparteiliche Willensbildung, Initiative und Politikentwicklung in den Gruppen und damit zusammenhängend Motivation und Überzeugungskraft.

Die Partei schrumpft kontinuierlich und die Möglichkeiten und die Befähigung, die an uns gestellten Aufgaben zu erfüllen, schwinden.

Da hilft es auch nicht, trotzig den Avantgardeanspruch zu stellen. Dieser steht angesichts unserer

personellen Möglichkeiten und der theoretischen und politischen Unzulänglichkeiten, die beispielsweise der auf dem Parteitag beschlossene Leitantrag offenbart, in einem absurden Widerspruch zur Realität.

Dabei erfordern die Umstände dringend eine handlungsfähige kommunistische Partei. Die sozialen Probleme lassen sich nicht mehr im Rahmen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse bewältigen und drängen auf eine sozialistische Lösung. Zunehmend erweisen sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Hemmnis für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte, bleiben Faschismus und Krieg für die Herrschenden der letzte Ausweg der Sicherung ihrer Herrschaft. Auf den ökonomischen Kern, die Systembedingtheit und den Zusammenhang von Rechtsentwicklung, Kriegsgefahr und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich hinzuweisen, wird uns niemand abnehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
die heutige KMV ist durch einige Widrigkeiten notwendig geworden, die sich aus Rücktritten und Rückzügen von Genossinnen und Genossen ergeben.

Am 25. Februar teilte (W) RA per Mail mit, dass er mit sofortiger Wirkung von seiner Funktion als Mitglied des Sprecherrates zurücktrete. Wenig später vollzog Volker denselben Schritt. (W) nannte als Grund die jetzige Mehrheitsposition in Bund und Bezirk, wie sie im beschlossenen Leitantrag zum Ausdruck komme, unter anderem mit der verharmlosenden Fehleinschätzung, „dass sich die Rolle der Eigentümer der Produktionsmittel und des Finanzkapitals in immer stärkeren Maße auf das Abschöpfen der Profite reduziert.“ (DKP-Informationen 3/2018, S.3). Der Leitantrag deute Entwicklungen, die allenfalls als technische zu bezeichnen wären, als Produktivkraftsprünge, versäume umgekehrt aber, die für die gegenwärtigen Produktions- und Eigentumsverhältnisse charakteristischen Schranken der Entfaltung der menschlichen Produktivkräfte zu analysieren. Wer sich zum Apologeten der technologischen Entwicklung mache, handle revisionistisch und stehe letztlich im Widerspruch zu unserer gesellschaftlichen Analyse, die den Sozialismus als unsere Perspektive sieht.

(W) kritisiert die sektiererische Position zur EU. Nur die europaweite Friedens-, Umwelt- und Anti-Austeritätsbewegung inkl. der bereits existierenden Bewegungen für einen fairen Welthandel könnten zu Veränderungsprozessen innerhalb Europas führen.

(W) schreibt: „Hinzu kommen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, mannigfache Diffamierungen und Einschüchterungsversuche von Seiten der derzeitigen Parteimehrheit gegenüber der Minderheit..... Offensichtlich bemüht sich eine große Mehrheit innerhalb des Parteivorstandes, die Partei mit diesen objektiv falschen Positionen vor die Wand zu fahren. Dies wird angesichts der krisenhaften Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich im Interesse der herrschenden Klasse geschehen. Ich verspüre keine große Motivation, Teil dieses Prozesses zu sein.“

Tatsächlich hat der Parteitag trotz aller Warnungen und Einigungsbemühungen beschlossen, „ dass die Mitgliedschaft im sogenannten 'Netzwerk kommunistische Politik' bzw. 'Netzwerk kommunistische Politik in der DKP' mit der Mitgliedschaft in der DKP unvereinbar ist.“ Schon die Drohung damit hat zu heftigen, persönlich gefärbten Auseinandersetzungen in der Kreisorganisation Köln geführt. Die Genossinnen und Genossen, die vor zwei Jahren den Offenen Brief des Netzwerkes kommunistische Politik unterschrieben hatten, werden der Fraktionstätigkeit geziehen. Worum es aber eigentlich geht, wird in diesem Offenen Brief deutlich: „Der schon mit dem 20. Parteitag angekündigte 'Richtungswechsel' ist mit dem 21. Parteitag weiter vorangetrieben worden. Die Definition der DKP als 'marxistisch-leninistische Partei', einem Symbol für ein zentralistisches Parteikonzept ohne lebendigen wissenschaftlichen Diskurs, wurde festgezurr. Es zeichnet sich ab, dass die im Parteiprogramm von 2006 beschlossene Orientierung zur Strategie der Partei

aufgegeben wird.

Wir sind überzeugt von der Zukunftsfähigkeit kommunistischer Politik. Das Potential dafür liegt zu einem nicht geringen Teil in der Geschichte dieser Partei, in Tradition und programmatischer Entwicklung der DKP, und nicht zuletzt in den kommunistischen Persönlichkeiten dieser Partei. Aus unserer Sicht gibt es keine Alternative dazu, auf der Grundlage unseres Parteiprogramms zu diskutieren und Antworten für die politische Praxis zu entwickeln.“

„Im Initiativantrag des 3. Tages des 21. Parteitag wird uns die Bildung einer Fraktion mit eigenen Gruppen und Strukturen unterstellt und der Parteivorstand wird darin aufgefordert, den 'schädlichen Zustand zu beenden'. Diese Behauptung wird durch unsere ganze politische Praxis widerlegt. Wir arbeiten als Mitglieder der DKP in den Strukturen der Partei, vor Ort in den Gruppen, auf Kreis-, Bezirks- und Parteivorstandsebene – so man uns dort nicht hinausgedrängt hat.

Wir nehmen aber auch unser Recht wahr, 'einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben' (Statut der DKP).“

Auf der KMV vom 24. Juni ist der Antrag der Innenstadtgruppe „Gegen die Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern!“ mit knapper Mehrheit abgelehnt worden. Auf der Juli-Sitzung des KV konnte ein Beschluss gefasst werden, der sich ebenfalls gegen die drohende Auflösung des Bezirks Südbayern wandte. Darin sprachen wir uns zudem gegen den geplanten Unvereinbarkeitsbeschluss mit der – vom Parteivorstand vermuteten – Mitgliedschaft im kommunistischen Netzwerk aus. Eine solche Mitgliedschaft gibt es nicht.

Aus diesem Grund müssen wir über unsere zuletzt auf der KMV am 4. November beschlossene Handlungsorientierung, unsere Tätigkeiten auf dieser Grundlage in den vergangenen Monaten und die veränderten Möglichkeiten ihrer künftigen Umsetzung sprechen.

Trotz der genannten Widrigkeiten können wir auf eine ganze Reihe von organisierten Aktivitäten der Kreisorganisation verweisen. Das beginnt damit, dass es in der Regel gelingt, uns in den Kreisvorstandssitzungen über politische Themen auszutauschen. Die Sitzungen werden durch das Kreissekretariat vorbereitet.

8. August: G 20 und die Folgen

12. September Leitantrag

10. Oktober: Einschätzung Bundestagswahlen

14. November: vorgesehen war das Thema "Freihandelsabkommen - der Widerstand geht weiter!" .

12. Dezember: Handlungsorientierung und Einschätzung der Koalitionsverhandlungen

9. Januar: Städtischer Haushalt und Gründung des AK Kompol

13. Februar: unsere Anträge zum Parteitag

13. März: die vorgesehene Auswertung der Parteitags entfällt wegen Wahl eines KS und Beschluss über KMV

10. April: Bericht über den Parteitag

8. Mai: Wie sicher ist der Frieden unter Trumpf?

Unter der Verantwortung des KV sind in den vergangenen Monaten folgende Veranstaltungen durchgeführt worden.

Ein Philosophieseminar am 23./24. September Jalhay mit einem sehr guten Erfolg, ihr könnt die Ergebnisse auf der Homepage des Bezirks einsehen.

Die KMV am 4. November. Allerdings musste die Folge-KMV, die am 9. November zum Thema Leitantrag stattfinden sollte mangels Referenten abgesagt werden.

Das Gewerkschaftertreffen 30. Januar hat stattgefunden. Das Referat zur Entwicklung des gewerkschaftlichen Kampfes um die Wochenarbeitszeit ist auf der Website des Bezirks nachzulesen.

Die Frauentagsveranstaltung am 10. März.

Auch die Maifeier war angesichts der gegenwärtigen Stimmung in der Kreisorganisation mit 42 Teilnehmern immer noch ein Erfolg, ebenso wie der Stand am Heumarkt am 1. Mai

Auch die Gruppen der Kreisorganisation arbeiten, treffen sich regelmäßig und wirken durchaus nach außen.

Die Gruppe Innenstadt trifft sich regelmäßig am 3. und 4. Dienstag im Monat, jeweils im Wechsel in der Gestalt der politischen Mitgliederversammlung und dem Kulturabend, meistens werden fortschrittliche Filme gezeigt. Der Vorstand der Gruppe trifft sich zur Vorbereitung der Gruppensitzungen einmal im Monat, er bildet auch die Redaktion der Wohngebietszeitung DrP, die regelmäßig in einer Auflage von 2500 vier bis fünf Mal erscheint. Beliebt ist unser Sommerfest im August (2017 mit 62 Beteiligten) und unser Ausflug an die Ahr an jedem 3. Oktober. Die Gruppe sorgt auch sonst für ein geselliges Leben, das dazu führt, dass wir selten ohne Gäste tagen und häufig Gelegenheit haben, mit ihnen politisch zu diskutieren. Einige Genossen arbeiten dauerhaft und regelmäßig in Initiativen mit (TTIP, Recht auf Stadt, Auschwitzgedenktag sowie Stadtplanungs- und Verkehrsinitiativen wie Nabis und „Bürger gegen Planungsirrsinn“) und in ihrer Gewerkschaft. Das Philosophieseminar des KV im vergangenen September wurde von Genossinnen und Genossen der Innenstadt vorbereitet und durchgeführt. Dasselbe gilt von der MASCH, die einmal im Monat stattfindet. Regelmäßig führen wir anlässlich des 3. März 1933 eine Gedenkveranstaltung an der Elsaßstraße durch.

Grundlage unserer Arbeit ist ein Arbeitsplan, der jeweils im November auf der JHV beschlossen wird.

Über die Arbeit der Gruppen Mülheim und Kalk sollten diese selbst berichten.